

PAPERS

**FRIEDRICH BURSCHEL,
KIRA GÜTTINGER (HRSG.)**

**VERGESSENER TERROR
VON RECHTS**

**VERHARMLOSUNG UND LEUGNUNG VON
(NEO-)NAZI-UMTRIEBEN IN DEUTSCHLAND**

**FRIEDRICH BURSCHEL,
KIRA GÜTTINGER (HRSG.)**

**VERGESSENER TERROR
VON RECHTS**

**VERHARMLOSUNG UND LEUGNUNG VON
(NEO-)NAZI-UMTRIEBEN IN DEUTSCHLAND**

IMPRESSUM

PAPERS wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-0916 · Redaktionsschluss: November 2012

Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Inhalt

Einleitung	3
Für den BRD-Staat war rechter Terror nie ein Problem. Abriss des historischen Rechtsterrorismus in Deutschland bis 1990	
Von Marcel Eilenstein	6
Die Einäugigkeit war systemübergreifend. Die Ursprünge der DDR-Neonazi-Szene und ihre Selbstermächtigung nach der «Wende»	
Von David Begrich	10
«Rechtsterroristische Strukturen sind nicht bekannt geworden.» Die Verharmlosung des militanten Neofaschismus: das Beispiel Bayern	
Von Robert Andreasch	14
Schleichende Aushöhlung von Freiheitsrechten. Thesen zu den Entwicklungen nach dem NSU-Skandal	
Von Alexander Hoffmann	19
«Die Fragen können aus Gründen des Staatswohles nicht beantwortet werden.» Versäumnisse und Vertuschung auch beim Hamburger Verfassungsschutz	
Von Felix Krebs	21

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt die Dokumentation des Gesprächskreises Rechts der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es hat einige Zeit in Anspruch genommen, die Texte zusammenzustellen, und doch schien es uns vor dem Hintergrund der nicht enden wollenden Hiobsbotschaften rund um die Enthüllungen zur Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und aus den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen in unterdessen drei Landesparlamenten (Bayern, Sachsen, Thüringen) sowie dem Bundestag durchaus der Mühe wert, die spannende Veranstaltung in Kiel am 11. Mai 2012 zu dokumentieren. Im Übrigen bleibt die Stiftung und insbesondere auch der Gesprächskreis Rechts an dem Thema dran, denn alles, was jetzt zum Teil «auf die Schnelle» publiziert und produziert wird, bleibt Zwischenstand, Momentaufnahme und allenfalls Annäherung an ein Thema und seine Dimensionen, die einem das Blut in den Adern gefrieren lässt. Diese Geschichte ist noch lange nicht ausgestanden und eigentlich auch erst dann zu Ende, wenn der bis ins Mark diskreditierte Inlandsgeheimdienst den Weg alles Irdischen gegangen und aufgelöst sein wird.

Die entsetzlichen Enthüllungen im Zusammenhang mit der Mordserie der sogenannten Zwickauer Terrorzelle NSU haben uns alle in den zurückliegenden Monaten in Atem gehalten, die Abgründe der vergangenen 10–15 Jahre aufgerissen und uns auch selber als kritische Beobachter_innen und analytische Aktivist_innen aus dem Antifa- und zivilgesellschaftlichen Bereich vor den Kopf gestoßen, da wir Ausmaß, Qualität und Heftigkeit rechter Mordbereitschaft in dieser Dimension selbst nicht für möglich gehalten hätten.

Nun werden immer neue Details und unfassbare Zusammenhänge sichtbar, in denen der Staat als (mindestens strukturell) rassistisch Agierender und seine Behörden als tendenziell selber extrem rechtslastig durchscheinen bis hin zur Komplizenschaft mit Nazis. Es finden viele Veranstaltungen statt und so viel mediales Interesse an Rassismus, Nazi-Umtrieben und den Opfern rassistischer Gewalt und Diskriminierung war selten. Und doch sollte bei all der Hektik, die seit November 2011 entstanden ist, Zeit bleiben, tiefer in die Thematik einzusteigen und sich zu fragen, ob der Nazi-Terror wirklich «vom Himmel gefallen ist», ob «man» ihn hätte erkennen und verhindern können und welche Konsequenzen gegen Nazis aktive Menschen aus dem ganzen blutigen Schlamassel ziehen können (z. B. was die Abgrenzung von Behörden, insbesondere den Geheimdiensten angeht).

Der erste Gesprächskreis des Jahres 2012, organisiert in enger Kooperation mit unserem Regionalbüro in Kiel, sollte insbesondere die Vorgeschichte rechten Terrors in Deutschland beleuchten und so eine historische Kontextualisierung ermöglichen, um dann über die Auswirkungen auf unsere Gegenwart, unsere Arbeit und unsere Möglichkeiten, damit umzugehen, zu diskutieren, vielleicht auch Absprachen zu treffen oder über strategische Handlungsoptionen zu sprechen.

Das Einführungsreferat des einstigen Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung **Marcel Eilenstein** aus Jena wird hier unter der Überschrift «Für den BRD-Staat war rechter Terror nie ein Problem. Rechtsterrorismus in Deutschland bis 1990» dokumentiert.

Der Magdeburger **David Begrich**, Mitarbeiter von Miteinander e. V., richtet seinen kundigen Blick auf die 1990er Jahre und zwar nach dem Motto «Die Einäugigkeit war systemübergreifend. Die Ursprünge der DDR-Neonazi-Szene und ihre Selbstermächtigung nach der «Wende»». Er schreibt dazu: «In der Debatte um die Entstehungskontexte der NSU bleiben die 1990er Jahre seltsam unscharf. Die Schriftstellerin Jana Hensel raunt über die «Lost Generation» aus Jena-Lobeda, die Tageszeitung Welt hatte flugs den Begriff «Generation Hoyerswerda» bei der Hand. Alles nicht falsch. Aber auch nicht ganz richtig. In der Debatte um die gesellschaftlichen Kontexte der NSU in den 1990er Jahren ist viel von Umbruch zu Beginn jener Dekade die Rede. Interessanter als die endlose Fortsetzung der Rede von «Wendewirren» und «Umbruch» erscheint es, die Frage nach der Kontinuität einer Entwicklung zu stellen, die lange vor 1989 begann und erst in der Mitte der 1990er Jahre ihr Ende fand.»

Aus dem fernen Bayern reiste mit **Robert Andreasch** ein renommierter Experte für die rechte Szene in Bayern von der vom dortigen Verfassungsschutz sekkiierten Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle (a.i.d.a.) an. Er machte den Freistaat zum Schwerpunkt seiner Ausführungen: «In Bayern verübte das Netzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mindestens fünf Morde. Die bayerischen Behörden haben Hinweise auf eine neonazistische Mordserie jahrelang ignoriert. Das ist wenig verwunderlich in einem Bundesland, das nicht nur geografisch an Thüringen und Sachsen grenzt und in dem rechter Terror seit Jahrzehnten verharmlost wird und stattdessen Punks und Antifaschist_innen der Staatsdoktrin zufolge die Staatsgefährdung per se darstellen.» Robert Andreasch berichtete aus der langen Geschichte des «bewaffneten Kampfes» bayerischer Neonazis, von der Wehrsportgruppe Hoffmann und der Gruppe Ludwig, von der Wehrsportgruppe Süd und Martin Wieses Kameradschaft Süd, aber auch von Waffenfunden, der Bundeswehr sowie von der «Staatspartei» CSU, neben der auf Wunsch ihrer Altvorderen rechts «nur noch die Wand» kommen darf.

Schließlich stellte der Kieler Rechtsanwalt **Alexander Hoffmann** in unserer Expertenrunde eine juristische Einschätzung und eine Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes zur Diskussion. Vorab sandte er uns folgendes Statement: «Die deutschen Verfassungsschutzbehörden sind ein Produkt des Kalten Krieges. In keinem anderen Land Europas gibt es vergleichbare Institutionen. Streng antikommunistisch ausgerichtet, arbeiten sie vor allem gegen linke Gruppen und Organisationen. Das Bundesverfassungsgericht hat in dem Beschluss, mit dem das Verbotsverfahren gegen die NPD eingestellt wurde, klare Worte gefunden: Aufgrund des massiven Einsatzes von V-Leuten auch in Führungspositionen der NPD sei nicht zu trennen, welche der NPD-Inhalte auf staatliche Intervention und welche tatsächlich aus der Mitgliedschaft kommen. Das staatliche Engagement in der NPD war (und ist) so stark, dass ein Verbot nicht erfolgen konnte. Ähnliches deutet sich im Fall der sogenannten NSU an: Die Jenaer Zelle des Thüringer Heimatschutzes, aus der sich die Terrorgruppe gründete, arbeitete eng mit dem Verfassungsschutzträger und

THS-Gründer Tino Brandt zusammen. Die Ämter für Verfassungsschutz haben unter Umständen mit ihrem Einfluss die Entstehung der NSU gefördert oder sogar mitinitiiert. Die Konsequenz hieraus muss die Auflösung dieser Behörden sein – und nicht eine Ausweitung ihrer Befugnisse, die sich momentan abzeichnet.»

Wir haben in die Dokumentation einen weiteren Text des Hamburger Experten **Felix Krebs** mit aufgenommen, weil er den Fokus noch auf die Hansestadt öffnet und den katastrophalen Befund zur Arbeit der Inlandsgeheimdienste noch unterstreicht. Sein Beitrag fügt sich – obwohl Krebs in Kiel nicht zugegen war – erhellend in das so eröffnete Panorama des Grauens ein.

Wir haben die Texte, die uns die Autoren zur Verfügung gestellt haben, so belassen, wie sie waren, zum Teil mehr als Thesen gefasst, zum Teil so, wie sie in Kiel vorgetragen worden sind. Wir sind der Ansicht, dass so ein spannendes Heft entstanden ist, das zur Intensivierung der brandaktuellen Debatte beitragen soll.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle meiner Ex-Kollegin Kira Güttinger, die an der Vorbereitung und Begleitung des GK in Kiel sowie der Vorbereitung dieser Veröffentlichung maßgeblich beteiligt war, und meiner Kollegin im schleswig-holsteinischen Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kiel, Suzanne Vogel-Vitzthum.

Friedrich Burschel, im November 2012

Für den BRD-Staat war rechter Terror nie ein Problem

Abriss des historischen Rechtsterrorismus in Deutschland bis 1990

Von Marcel Eilenstein

Aus den Geschichtsbüchern getilgt?

Auffällig am deutschen Rechtsterrorismus ist, dass dieser in der Erinnerungskultur der BRD bis heute weitestgehend ausgeblendet ist und wird. Nur ein Ereignis wird mit Rechtsterrorismus assoziiert, der Bombenanschlag auf das Oktoberfest 1980 – mit 13 Toten und über 200 Verletzten. Wenig überraschend wird ein Einzeltäter für die Morde verantwortlich gemacht. In der offiziellen staatlich protegierten Sichtweise waren weder ein dahinter stehendes Netzwerk noch eine bekannte Gruppe, geschweige denn staatliche Einflussnahme vorhanden. Eine Sichtweise, der bereits damals und bis heute, wenn Einzeltäter für schnelle Ermittlungsergebnisse angeboten werden, vergeblich Widerspruch entgegen hallte und hallt.

Die Suche nach den Gründen der Tilgung des Rechtsterrorismus aus den Geschichtsbüchern hat also danach zu fragen, welche Mechanismen hier zusammengespielt haben. Ohne mit einem Bein in die Verschwörungstheorien zu treten, war meines Erachtens a.) die ohnehin schwache linke Presse nicht Willens oder in der Lage eine politische Erinnerung wach zu halten und b.) behinderten die presseinternen Abläufe, das Fehlen von relevanten Interviewpartnern oder fehlender Zugriff auf umfassendes Datenmaterial – was eine tiefer gehende Analyse und historische Tradierung ermöglicht hätte – eine fortgeschriebene Überlieferung.

Wie positionierte sich der historische Rechtsterrorismus zum Staat?

Nur einmal – zur Zeit der Weimarer Republik – positionierte sich der Rechtsterrorismus explizit gegen den deutschen Staat: Die Organisation Consul (OC) ermordete explizit führende Vertreter der Republik und hielt programmatisch einen Gegenentwurf parat. Spätere Formen des rechten Terrors, wie die Werwolf-Einsätze, die vom NS-Staat ausgingen, oder das Gladio-Netzwerk, das als Ausgeburt des Kalten Krieges bis heute – setzt man seine tatsächliche Auflösung voraus – als nicht aufgearbeitet gelten darf, waren eng mit dem Staat verknüpft. Letzteres stellte seit den 1950er Jahren eine von Neofaschisten und (Neo-)Nazis unter bundesrepublikanischer und NATO-Anleitung stehende Struktur dar. Diese verfolgte, wie auch für andere westeuropäische Länder belegt, eine Strategie der Spannung – arbeitete also an einer Zuspitzung der innenpolitischen Situation. Gladio agierte verdeckt und erzeugte durch Terror ein Klima der Angst, um den gewünschten Ruf nach dem starken Staat zu erzeugen. Gefangene der Deutschen Aktionsgruppen (DA) gaben in Verhören zu Protokoll, dass der Galdio-Mann Heinz Lembke ihnen Waffen und Sprengstoff anbot. Dieser unterhielt auch zur Wehrsportgruppe Hoffmann Kontakte und verwaltete bis zu seinem augenscheinlichen Freitod in Haft ein 33 Erdlager umfassendes Waffendepot.

Der daneben existierende braune Terrorismus wirkte diffus und unorganisiert. Auch hier sind mit Hinblick auf den Organisationsansatz der NSDAP/AO seit den 1970er Jahren, welche eben diese Außenwirkung erzielen wollte, noch nicht alle Informationen schlüssig aufgearbei-

tet. Zu seinen fundamentalen Feinden sollte die Bundesrepublik in der praktischen Auseinandersetzung nicht mehr gehören: Antikommunismus, Beendigung der Verfolgung der NS-Täter, neonazistische Wiederbetätigung, seit Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre Rassismus und die Bekämpfung der Erinnerung an NS-Verbrechen zählten zu den Aktionsfeldern dieser Gruppen. In den 1980er Jahren kam es zu einer Neuorientierung eines kleinen Flügels auf Antiamerikanismus und diffusen Terror gegen US-Armeeangehörige. Damit ging der Rechtsterrorismus nicht wie die linksgerichtete Rote Armee Fraktion (RAF) in Fundamentalopposition zum Staat und seinen (Verwaltungs-)Institutionen bzw. zur Wirtschaft, sondern blieb eine Idee, die in konservativen Kreisen der BRD anschlussfähig war und blieb. Bestes Beispiel ist die Aktion Widerstand zu Beginn der 1970er Jahre und die in ihrem Windschatten entstehenden neonazistischen Terrorgruppen. Getragen von einem Bündnis von CDU über revanchistische Verbände bis zur NPD bestand ihr Handlungsfeld im Kompromittieren der Ostverträge und der Entspannungspolitik. Nazistische Terrorgruppen fanden hier reichlich thematische Anknüpfungspunkte zur praktischen Umsetzung. Kurz: Für den BRD-Staat war der rechte Terrorismus nie ein Problem!

Rassismus als Aktionsfeld?

Trotz der bereits in den 1950er Jahren beginnenden Zuwanderung von Arbeitskräften («Gastarbeiter») blieb der Rassismus als Themenfeld von Rechtsterroristen lange Zeit von diesen unbearbeitet. Das mythologisierte Wirtschaftswunder trug hierzu sicherlich bei. Erst mit dem Entstehen und Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit in den 1970er Jahren verstärkte sich die braune Rezeption der Thematik. Ein Handlungsfeld für Rechtsterroristen wurde der Rassismus erst im Bundestagswahlkampf 1980: Die Deutschen Aktionsgruppen (DA) stellten sich mit Anschlägen hinter die rassistischen Forderungen der NPD. Auffallend ist ihre inhaltliche Neuausrichtung von bis dahin überwiegenden Angriffen gegen Orte der NS-Erinnerung zum späteren Thema Zuwanderung. Mit dieser Anknüpfung an die rassistische Stimmung der Zeit und der militanten Unterstützung des NPD-Wahlkampfes begleiteten die DA, wie schon die neonazistischen Terrorgruppen im Umfeld der Aktion Widerstand, eine laufende rechte Kampagne militant bis terroristisch.

Rechtsterrorismus und die politische Rechte?

In welchem politischen Rahmen agierten Rechtsterroristen? Die Organisation Consul teilte ihre Ablehnung der Weimarer Republik mit einer Reihe von Rechtsaußen stehenden Vereinen und Gruppen. Dennoch konnte die SPD in dieser Zeit eine stabile Regierung stellen, der Kommunisten und teils putschbereite Rechte als Opposition gegenüberstanden. Trotz geringer institutioneller Unterstützung blieb die OC verborgen im Untergrund und hielt für sich die Option eines militärischen Putsches – vertrauend auf die «Neutralität» der Reichswehr – offen. Eine Option, die mit der zunehmenden Stabilisierung der Republik an Gehalt verlor und mit der Zerschlagung der OC 1922 und den letzten Konflikten mit der Fundamentalopposition 1923 für die frühe Weimarer Republik verschwand. Die Werwölfe im untergehenden Nationalsozialismus handelten staatlich instruiert im Interesse der Partei als Instrument gegen die Bevölkerung, daher bleiben sie für die weitere Analyse ausgeblendet.

In den 1950er Jahren boomte der Antikommunismus im Westen (aber auch im Osten). Der braune antisowjetische Terror, der sich im Westen formierte – der Technische Dienst (TD) als Unterabteilung des Bundes deutscher Jugend (BDJ) – war einerseits über seinen Bundesverband mit konservativer CDU-Prominenz vernetzt. Auf der anderen Seite erfolgte seine Auflösung durch den hessischen Innenminister mit SPD-Parteibuch. Immerhin standen Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam auf den Todeslisten, die man beim BDJ/TD fand.

In der DDR konnte ein antikommunistisches Netzwerk, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), welches sich mehr und mehr den nachrichtendienstlichen Anforderungen Großbritanniens und USA unterwarf und zumindest augenscheinlich den Kontakt zur bundesrepublikanischen Parteienwelt verlor, eine breite, bisweilen terroristische Tätigkeit entfalten. In den 1950er Jahren eskalierte der rechte Terror in der DDR, der gleichzeitig mit Propagandahandlungen, klassischen militanten Aktionen aus den Bereichen Betriebs sabotage und Fälschungen, aber auch schwerwiegenden Straftaten wie Brandanschlägen operierte. Bei Sprengungen im Bahnverkehr wurde der Verlust von Menschenleben einkalkuliert. Aus dem breiten Pool teils internierter ehemaliger Angehöriger der Kampfverbände des NS-Reichs konnten die Anwerber Zehntausende anwerben. Diese beteiligten sich freilich nicht in gleicher Intensität an der gesamten Palette der Aktionen.

In den 1960er Jahren, der Gründungszeit der NPD, die im Verlauf der Großen Koalition seit 1966 in sieben Landtage einziehen konnte, blieb der Rechtsterrorismus ein Randphänomen und richtete sich vor allem gegen die sich verstärkende NS-Aufarbeitung. Augenscheinlich gab sich der Rechtsterrorismus mit den Wahlerfolgen der NPD zufrieden. Andererseits sollte gerade die legale Partei des Rechtaußenlagers, durch ein «internes» Problem – ihren eigenen Ordnerdienst – Probleme bekommen. Die NPD, der es nichts nützte, dass sie sich zunehmend um Legalität bemüht zeigte, schaffte Anfang der 1970er Jahre in keinem der sieben Landtage, in die sie bis dato einziehen konnte, den Wiedereinzug. Intern vom Konflikt mit dem eigenen Ordnerdienst geplagt, versuchte sie sich nun verstärkt außerparlamentarisch zu verankern. Die Aktion Widerstand agierte als ein Scharnier zwischen den Fraktionen des rechten Lagers und vereinigte von CDU bis NPD die Rechte im gemeinsamen Vorgehen gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt. Neben einer sich in der Opposition befindlichen und nach rechts sperrangelweit offenen CDU konnte die NPD nicht mehr bestehen und verschwand im Laufe der 1970er Jahre in der politischen Bedeutungslosigkeit. Fortbestand hatten einzelne radikalisierte Anhänger ihres mittlerweile aufgelösten Ordnerdienstes und in den Straßenkrawallen der Aktion Widerstand Sozialisierte. Aus ihnen rekrutierten sich bis zum Ende des Jahrzehnts weitgehend die Anhänger zahlreicher kleiner rechter Terrorgruppen, die sich gegen die brandtsche Ost- und Entspannungspolitik richteten. Verschiedene Akteure schlossen sich unter dem Dach der uneinheitlich wirkenden NSDAP/Auslands- oder Aufbauorganisation (NSDAP/AO) zusammen und kämpften für die Aufhebung des NSDAP-Verbots einhergehend mit der Aufweichung des Verbots für NS-Wiederbetätigung.

Für den bundesrepublikanischen Rechtsterrorismus lassen sich zwei Phasen darstellen. Die erste Phase, beginnend Anfang der 1950er Jahre, war von Antikommunismus und eskalierender Blockkonfrontation geprägt. Die zweite Phase begann Ende der 1970er Jahre und endete bereits Anfang der 1980er Jahre wieder. Beide Phasen entwickelten sich in Zeiten der politischen Schwäche der Rechtsaußenparteien.

Rechtsterroristische Ideengeschichte: Tradiert oder neu erfunden?

Sucht man nach den Wurzeln des rechten Terrors, findet man diese in den radikalisierten Männerbünden der Weimarer Republik, die paramilitärisch strukturiert waren und stets in der Tradition des deutschen Militarismus verhaftet blieben. Bereits die OC war ein paramilitärischer Verband. Die antikommunistischen Gruppen der 1950er Jahre rekrutierten ihr Personal in West wie Ost aus Angehörigen der Kampfverbände des NS-Staates. Die zweite Phase der 1970er Jahre brachte hier schon wegen der Überalterung einen personellen Bruch. Über die Wirkung des Reprints des Ausbildungshandbuchs für Werwolfseinheiten durch die Zeitschrift Nation & Europa 1970 ließe sich nur spekulieren. Die paramilitärische Tradition stellte letztlich Karl-Heinz Hoffmann her, der strömungsübergreifend für die deutsche Rechte die paramilitärische Ausbildung organisierte. Vom Vorgehen her zeigten die Gruppen, welche Ende der 1970er Jahre in den Rechtsterrorismus übergingen – beispielhaft die Kühnen-Bande und die Hepp-Kexel-Gruppe –, dass sie von der RAF gelernt haben. Beide begannen mit der finanziellen Absicherung ihrer Politik über Banküberfälle. Die Deutschen Aktionsgruppen mussten dies nicht tun, Manfred Roeders Deutsche Bürgerinitiative e.V. blieb selbst gemeinnützig, als er zwischenzeitlich im Ausland untertauchte. Die NSDAP/AO verfolgte ein Konzept, welches nach außen keinen geschlossenen Verband darstellen sollte, diesen allerdings nach innen pflegte.

Jüngere Generationen von Rechtsterroristen können einerseits auf dieses Wissen zurückgreifen, so werden regelmäßig wehrsportgruppenartige Zusammenschlüsse ausgehoben. Von der Polizei gerne als Waffensammler bezeichnete Nazis gehen ihrem Hobby in der Tradition des Paramilitarismus nach. Daneben entfaltete sich in den 1990er Jahren eine breite rechtsterroristische Ideenwelt. Gerade Konzepte, die terroristische Kleingruppen priesen – wie die «White Aryan Resistance» –, fanden Akzeptanz.

Männerbünde ohne sozial-, kultur- oder geisteswissenschaftliches Fundament?

Sieht man von den antikommunistischen Terrornetzen der 1950er Jahre ab (BdJ/TD und KgU), die bereits durch ihre Größe die Einbindung von Frauen nötig werden ließen, blieb der braune Terror eine Männerangelegenheit. Nur noch einmal sollten Frauen eine Rolle spielen, in der DA partizipierten sie als Familienangehörige.

Der Bildungsstand späterer Rechtsterroristen war gegenüber RAF und Bewegung 2. Juni vergleichsweise niedrig. Etwa 50 Prozent schlossen lediglich die Volksschule ab. Fast ein Drittel absolvierte das Gymnasium. Bei denen, die ein Studium aufnahmen, dominierten naturwissenschaftliche-technische Fächer. Die DA-Führer waren beispielsweise Jurist bzw. Arzt.

Marcel Eilenstein ist Lehrer in Thüringen.

Die Einäugigkeit war systemübergreifend

Die Ursprünge der DDR-Neonazi-Szene und ihre Selbstermächtigung nach der «Wende»

Von David Begrich

Während sich jenseits der Mauer das Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) um das runde Führerjubiläum mühte, fielen die Feierlichkeiten der ostzonalen Kameraden etwas weniger seriös aus. Doch unvorbereitet war man auch in Leipzig, Dresden und Potsdam auf diesen Tag nicht. Es soll gegen 16 Uhr gewesen sein, als sich am Leipziger Naschmarkt, also mitten in der Innenstadt, jene sammelten, die im Volkspolizeijargon verharmlosend und undifferenziert «Rowdys» genannten wurden. Diese «Rowdys», die eigentlich Nazis waren, begannen – nicht nur unter Alkoholeinfluss, wie der Polizeibericht vermerkte – alsbald mit grölenden Lobgesängen auf den Führer. Deutschland solle erwachen – Juda solle verrecken. So weit so bekannt.

Dass dies aber den Volkspolizist_innen so unbekannt war, dass sie bass erstaunt und nichts tuend dastanden, verärgerte den Schriftsteller Stephan Hermlin, einen Augenzeugen des Gespensterzuges so sehr, dass er sich sogleich an seinen Freund, den ehemaligen Widerstandskämpfer und ersten Mann im Land, Erich Honecker, wandte, ihm empört zu berichten, was er habe mit ansehen müssen. Hermlin, erfahren im Umgang mit den DDR-Medien, bot seinen Brief der Tageszeitung Junge Welt, Organ des Zentralrates der FDJ, als einen offenen an. Einer Organisation, deren antifaschistisches Selbstverständnis doch hätte dafür sorgen müssen, dass der alarmierende Befund des Schriftstellers den Weg zu den Leser_innen findet. Fand er aber nicht, auch Honecker schwieg.

Die Bilanz des Tages war ernüchternd: Insgesamt leiteten die Behörden etwas mehr als fünfzig Ermittlungsverfahren wegen «faschistischer Propaganda» und «Herabwürdigung des sozialistischen Staates» ein, von deren Verbleib und Ausgang leider nur ungenaue Kenntnis vorliegt. Von diesem Tag aus gerechnet betrug die politische Halbwertszeit der DDR noch genau sechszehneinhalb Monate. So betrachtet wiesen jene «Rowdys» des 20. April 1989 also eine gewisse historische Vorahnung auf.

Wer verstehen will, wie und warum sich Jena-Lobeda, Halle-Neustadt, Leipzig-Grünau und Magdeburg-Olvenstedt zu Orten der «Generation Hoyerswerda» wandelten, muss aufhören von Wendewirren, Vereinigungsschock und Perspektivlosigkeit zu reden. Wer verstehen will, wie sich ein neonazistisches Milieu unabhängig von Organisationsnamen und Strukturen über mehr als anderthalb Jahrzehnte halten und reproduzieren konnte, muss statt auf die zeitgeschichtlichen Brüche auf die Kontinuität schauen.

Beginnen wir mit den behördlichen Handlungsmustern. Sie stehen völlig zu Unrecht im Verdacht, sich in den neuen Bundesländern mit dem 3. Oktober 1990 geändert zu haben, da ja nun eine Polizei unter der Führung bewährter Westkader das Regiment führte, die anders als der «linke Extremismus an der Macht» (Prof. Eckhardt Jesse, TU Chemnitz, über die DDR) nicht im Verdacht stehen konnte, irgendeine Form des Extremismus zu vernachlässigen. Soweit das Lehrbuch Staatsbürgerkunde West. Das und wie die Dinge anders kamen, kann man daran sehen, dass die Emissäre des Bundeskriminalamtes (BKA) offenbar nicht widerspra-

chen, als ein verdienter Polizist der K1, der politischen Polizei der DDR, zum Leiter Staatsschutz des Zentralen Kriminalamts (ZKA) der DDR, des späteren Gemeinsamen Landeskriminalamts (GLKA) der neuen Bundesländer aufstieg. Alle Staaten zu allen Zeiten wollen von den richtigen Leuten geschützt werden. Da braucht man Leute mit Erfahrung. Aufschlussreich ist die Kontingenz dessen, was Sicherheitsbehörden als Problembeschreibung annehmen. Gewiss, K1 und die zuständigen Stellen des MfS waren über die Aktivitäten einer sich strukturierenden rechten Szene in der DDR durchaus im Bilde. Doch das Hauptaugenmerk der Genossen galt nun mal mehr bei den links, alternativ und nonkonform gewirkten, in der Sprache der Sicherheitsorgane, «negativ-dekadenten» Typen aus der Punk-, Friedens- und Umweltbewegung. Seinen guten Grund hatte dies darin, dass es diese im Gegensatz zu den Jungfaschos an Arbeitsmoral, Disziplin und Anpassungsbereitschaft im Deutschen Demokratischen Spießstaat mangeln ließen, was die Kriminalen und Geheimdienstler_innen sorgenvoller stimmte, als jene, die nach getaner Arbeit auf mosambikanische Vertragsarbeiter_innen einprägeln und Ordnung nicht für eine sozialistische, sondern eine deutsche Tugend hielten. Wenn die Sicherheitsbehörden West und die Sicherheitsorgane Ost irgendetwas einte, so die feste Überzeugung, dass die Gefahr für «den Rechtsstaat» oder eben «unsere Ordnung» von Leuten ausgehe, die sich keiner Regel unterordnen mochten. Hier beginnt das Feld der Spekulation. Übernahmen Polizei und Verfassungsschutz Akten der DDR-Behörden über DDR-oppositionelle Gruppen, die dort im Verdacht gestanden hatten, Anarchist_innen, Trotz-kist_innen oder Schlimmeres gewesen zu sein? Das lässt sich nicht beweisen, wäre aber naheliegend. Die Kontinuität besteht hier also in der behördlichen Wahrnehmung dessen, was als Herausforderung zu betrachten sei. Die Einäugigkeit währte systemübergreifend. Hinzu trat die organisationssoziologische und politische Fixiertheit der Behörden West auf jenes System westdeutscher Neonazi-Kleinstorganisationen, von denen man dort glaubte, sie im Griff zu haben. Es war ein hartes Stück Arbeit in den neuen Ländern für eine gesellschaftliche Akzeptanz des Verfassungsschutzes zu sorgen. Die parteiübergreifende Skepsis gegenüber seiner Notwendigkeit vor dem Hintergrund der Erfahrungen im soeben untergegangenen Staat wurde parlamentarisch in der weitgehenden Übernahme westdeutscher Gesetzeslagen beerdigt. Und während sich die neu geschaffenen Dienste in Schwerin, Erfurt und Leipzig mit Akribie den Kryptostalinist_innen aus Kommunistischer Plattform, Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) und Junge Welt zuwandten, gedieh eine neonazistische Bewegung in diesem Orten prächtig.

Die Szene zwischen den Zeiten

Das und wie Neonazis unbefangene Bewegungsfreiheit genossen, wurde sehr rasch zum Sommer 1990 klar. Ihrem unmittelbar nach der Maueröffnung beginnenden Selbstermächtigungsräusch schienen keine Grenzen gesetzt. Und so kam es, dass westdeutsche Nazikader nach Besuchen in Cottbus, Guben und Rostock den Eindruck gewannen, die Wiederezulassung der NSDAP sei in Mitteldeutschland binnen Kurzem durchsetzbar. Doch der Euphorie folgte die Ernüchterung. Das von Westkader Michael Kühnen & Co vorgefundene Potenzial wollte sich nicht in die Strukturen der Westnazis einbinden lassen und drehte lieber selbst sein eigenes rassistisches Ding. Die Folge: ein sich über Jahre hinziehender Gewaltexzess, dessen Wahrnehmungsreichweite in den Medien mit den Orten Hoyerswerda und Rostock nur unzu-

reichend beschrieben ist. In dieser Phase, in welcher der alte Staat nicht mehr, der neue jedoch noch nicht vorhanden war, bildet sich der Humus jenes Milieus, aus dem die Täter des Nationalsozialistische Untergrunds (NSU) kamen, und welches sich bis heute – wenn auch unter gänzlich anderen Vorzeichen – selbst zu reproduzieren vermag. Namen wie «Pommersche Aktionsfront», «Selbstschutz Sachsen-Anhalt», «Märkischer Heimatschutz» und «Skinheads Sächsische Schweiz» mögen Schall und Rauch sein. Doch sie sind Indiz für die Existenz und das Fortwirken stabiler Milieustrukturen der extremen Rechten, die nicht dadurch verschwinden, dass der Hydra mal ein Kopf abgeschlagen wird. Das Milieu, von dem hier die Rede ist, ist strukturell breit aufgestellt – von den Haltestellen-Nazis bis zur weltanschaulich gefestigten Kameradschaft – agiert es verbots- und repressionsresistent in «seinen» Sozialräumen.

In den «leeren Räumen» Ostdeutschland fanden Neonazis ein Betätigungsfeld, in dem sie Gesellschaftersatz und Kümmerer in einem wurden. Die Volksgemeinschaft war keine Imagination, sondern wurde real, wo es gegen Asylbewerberheime ging. Zu beklagen, dass Neonazis vor wenigen Jahren begannen, Kinderfeste zu organisieren, familienkompatible Angebote zu machen, greift die Fragen nur bei der Erscheinungsform auf. Die eigentliche Frage, wie es soweit kommen konnte, führt in den Kern der «National befreite Zonen»-Debatte. Werden diese ausnahmsweise einmal nicht als Angsträume übersetzt, so müssen sie als solche Sozialräume begriffen werden, in denen Nazis die Volksgemeinschaft nicht halluzinieren, sondern sich einer Mentalitätslage bedienen, die der der Volksgemeinschaft entspricht. Wo sich Neonazis nicht nur am Rande von Protesten aus der Bevölkerung gegen die Ansiedelung ehemaliger Sexualstraftäter_innen betätigen, sondern ihr integraler Bestandteil sind, vollzieht sich Volksgemeinschaft – sind Nazis also sanktionsfähig.

Dass sich die NPD und ihr neonazistisches Umfeld inzwischen in einem ostdeutschen Kontext anders zu bewegen wissen als etwa in Hessen, ist eine Frage politischer Akzentsetzung. Sicher, neonazistisch ist die Partei in Ost und West. Doch die ostdeutsche Abwehr gegenüber allem Xenon und der Konsens der Spießigkeit fasziniert die Szene ungemein. Im Parteiblatt Deutsche Stimme wird man nicht müde, die Resilienz der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber Multikulti und Migration zu loben. Waschechte Westdeutsche wie Jürgen Gansel kommen ins Schwärmen, wenn sie skizzieren, wie leicht ostdeutsche Milieus für die Formen der politischen Ansprache der NPD erreichbar sind. Gemeinschaft als Wert an sich steht im Osten hoch im Kurs. Das mag manchem als linker Impuls vorkommen, hat aber vielerorts regressive, rechte Auswirkungen.

Doch dies alles allein erklärt die Eskalation rechter Gewalt nicht hinreichend, nicht im Ansatz. Denn Neonazis bewegen sich in einem gesellschaftlichen Kontext, in dem ihnen der Eindruck vermittelt wird, sie üben nur aus, was weitreichender Konsens ist. Der Sturz einer vormaligen Arbeitsgesellschaft in den Kapitalismus mag ebenso eine Rolle spielen wie die westdeutsche Großwetterlage zur Abschaffung des Asylgesetzes.

Die Ebene der Gesellschaft ist jene der berühmten Zuständigen. Dort, wo es an Ereignislagen und Geschehnissen kein überregionales Interesse gibt, sind Politik und Gesellschaft gefragt. Doch die träge Realität liegt quer. Das heterogene Spektrum jener, die in ostdeutschen Regionen Träger eines Keims von Gegenhegemonie sind, sieht sich gesellschaftlich isoliert oder schlimmstenfalls an den Pranger gestellt. Eine kleine Aufzählung möge genügen, dies zu illustrieren. Wo sich westdeutsch sozialisierte Bildungsbürger_innen und linke, alternative Ju-

gendliche aufmachen, das Schweigen über den rassistischen Alltag in ihrer Kleinstadt zu brechen, geraten sie in schwere See. Die viel beschworene Zivilgesellschaft führt in den ländlich und kleinstädtisch geprägten Räumen des Ostens eine prekäre Existenz. Sie lebt vom Engagement Einzelner, Mutiger. Wo sie allein gelassen werden, aufgeben, ihnen der Atem ausgeht oder die Kreativität, greift jene Leere Raum, in der sie blüht, die Volksgemeinschaft.

Die Debatte um den NSU ist eine Sackgasse. Wer den ostdeutschen Nexus knacken will, muss die 1990er Jahre als Schlüsseljahrzehnt sozialer und gesellschaftlicher Verwahrlosung und beispielloser rechter Gewalt aufarbeiten. Wer verstehen will, wie das Nachtgesicht der Wiedervereinigung aussieht, muss jene verharmlosenden und beschwichtigenden Debatten beim Namen nennen, die rechten Jugendlichen einen Kredit auf Wendefrust einräumten. Wer den NSU aufarbeiten will, muss das Selbstverständnis der ostdeutschen Gesellschaft kritisieren.

David Begrich ist Mitarbeiter der sachsen-anhaltinischen Beratungsstelle Miteinander e. V.

«Rechtsterroristische Strukturen sind nicht bekannt geworden»

Die Verharmlosung des militanten Neofaschismus: das Beispiel Bayern

Von Robert Andreasch

Am 13. November 2011 steht der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) im Münchner Hofgarten. Hinter ihm die bayerische Staatskanzlei, vor ihm das militaristische «Grabmal des unbekanntes Soldaten» mit seiner Inschrift «Sie werden auferstehen». Zur offiziellen Veranstaltung der bayerischen Staatsregierung zum Volkstrauertag sind Bundespolizei und Münchner Polizei, die Bundeswehr, die mit dem neofaschistischen Lager verstrickte Münchner Burschenschaft Danubia und die Burschenschaft Cimbria aus der extrem rechten Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) in Formation angetreten.

«Chargieren zum Heldengedenken» hatte die Cimbria den Auftritt in nationalsozialistischer Wortwahl im Semesterprogramm angekündigt. Das Aufmarschieren hatten Polizei, Bundeswehr und Burschenschafter bereits am Vormittag gemeinsam geübt. Wie in den vergangenen Jahren nimmt auch in diesem Jahr die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) an der Feier teil. Vor dem Innenminister wird ihr Kranz mit schwarz-weiß-roter Kransschleife zum Denkmal getragen. Keine Spur vom Kontaktverbot, das der Bundeswehr zu der Organisation der höchstdekorierten Soldaten der NS-Wehrmacht eigentlich verordnet ist. Im Gegenteil: Bundeswehrsoldaten in Festuniform tragen das Gebinde der OdR.

Von rechten Gruppen wollen die Behörden nichts sehen und hören. Es bleibt an dem vom bayerischen Innenminister und Verfassungsschutz von 2008 bis 2012 als «linksextremistisch» diffamierten Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München, auf die skandalösen Geschehnisse aufmerksam zu machen.

Analog zur großen Politik fällt das Behördenhandeln auf tieferer Ebene aus. Zwei aktuelle Beispiele: In der Nacht zum 23. November 2011 bringen Unbekannte riesige neonazistische Sprühereien in Grafing bei München an. Am Gymnasium werden auf mehrere Wände große Parolen in schwarzer und grüner Farbe gesprüht, unter anderem «Tod den Moslems», dazu werden viele Hakenkreuze, eine im NS verwendete «Wolfsangel»-Rune und die Doppel-Sig-Runen der SS angebracht. Auf die Außenwände des «Stadionstüberls» werden riesige neonazistische Drohungen gesprüht, etwa «Vergast alle Juden», «Tod den Ausländern», «Sieg Heil», «Heil dem Führer», drei große Hakenkreuze, Doppel-Sig-Runen, «88» und «Dem deutschen Volke». Die Kriminalpolizei Erding verharmlost die Tat gegenüber der Süddeutschen Zeitung als eine mutmaßliche «Mutprobe».

Anfang April 2012 versuchen Unbekannte, in Nürnberg einen 52-Jährigen mit rassistischen Drohschriften aus seiner Wohnung in einem Mehrfamilienhaus zu vertreiben. In den insgesamt vier Schreiben mit beleidigendem Inhalt, die in seinem Briefkasten eingeworfen werden, heißt es unter anderem: «Afrikanische Primaten – Neger – sind in diesem Haus, in diesem Stadtteil, in diesem Land, auf diesem Kontinent unerwünscht» und «Deine finale Rückverschiebung nach Negerland ist für den 20.04.2012, 5 Uhr 45 vorgesehen. Halte dich bereit!».

Ein Polizeisprecher warnt die Medien, «vorschnell auf einen rechtsextremistischen Hintergrund zu schließen».

Als 2006 die Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Titel «Vom Rand zur Mitte» die Studienergebnisse einer Arbeitsgruppe der Uni Leipzig vorstellte, offenbarte sich die hohe Verbreitung rassistischer, antisemitischer und chauvinistischer Ressentiments in Bayern. Ein Beispiel: Stimmt im Bundesgebiet 17, 8 Prozent der Befragten dem antisemitischen Markersatz «Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß» zu, so war es in Bayern fast ein Drittel der Bevölkerung. Im «Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus» des bayerischen Kabinetts wurde im Jahr 2009 auf diese Untersuchung extra Bezug genommen: «Die Studie ist für eine Beurteilung des Rechtsextremismus keine geeignete Grundlage. Das Gegenteil ist richtig: Traditionsbewusstsein, Heimatverbundenheit und Patriotismus der Menschen in Bayern sind ein starkes Bollwerk gegen Extremismus jeder Art.»

Der Freistaat Bayern grenzt, so könnte man sagen, nicht nur geografisch, sondern auch politisch an Thüringen und an die sächsische Demokratie.

Die Mitglieder des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und ihres Umfeldes ermordeten in Bayern fünf Menschen. Kein Zufall, denn sie unterhielten vor und nach 1998 vielfache Kontakte zur bayerischen Neonaziszene, mit Mandy Struck hat mindestens eine der identifizierten NSU-Helfer_innen jahrelang in Bayern gewohnt. Einige bayerische Rechte gehörten dem Unterstützernetzwerk des NSU an. Und Tino Brandt, V-Mann des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, der in Thüringen den Thüringer Heimatschutz (THS) und in Franken den Fränkischen Heimatschutz (FHS) aufbaute, war mit siebzehn Jahren von Thüringen zur Lehre nach Regensburg gezogen und blieb von da an zumeist in Bayern wohnhaft. NSU-Aktivist Uwe Mundlos stand zumindest vor seinem Abtauchen in direktem Kontakt zu Kai Dalek aus Oberfranken, dem führenden nordbayerischen Neonazi, gleichzeitig V-Mann des bayerischen Verfassungsschutzes. Auf Mundlos' Telefonliste standen viele Namen aus Bayern, unter anderem Dalek, aber auch Matthias Fischer vom Freien Netz Süd und die frühere Nürnberger NPD-Kneipe «Tiroler Höhe».

Im aktuellen Jahresbericht 2011 des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfVS) heißt es dennoch auf Seite 120: «Über Mitgliedschaften bayerischer Rechtsextremisten im THS oder unmittelbare Verbindungen zur <Zwickauer Terrorgruppe> konnten bislang keine konkreten Erkenntnisse gewonnen werden.»

Ein solches Verschweigen und Verharmlosen des militanten Neofaschismus hat in Bayern Tradition:

Nach den oft tödlichen Sprengstoffattentaten der späten 1960er Jahre in Südtirol tauchten einige der in Italien gesuchten und verurteilten Nationalisten im bayerischen Exil wieder auf, von wo sie bis heute nicht ausgeliefert werden. Zu ihrem Sprecher wurde Peter Kienesberger, der in Nürnberg seither ungehindert den extrem rechten «Buchdienst Südtirol» betreibt. Im Jahr 2012 gehörten zu den wenigen Büchern in seinem Angebot auch militante Schulungswerke, z. B. «Radikale Combatschießtechniken» von Siegfried Hübner.

Ab 1973 scharte Karl Heinz Hoffmann als «Chef» der nach ihm benannten Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann Hunderte Neonazis und Militärfreaks in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen um sich. Stützpunkt war Hoffmanns Schloss Ermreuth im Landkreis Forchheim. 1976

verübte ein Mitglied seiner WSG einen Sprengstoffanschlag auf den US-amerikanischen Armeesender AFN in München. Die bayerischen Behörden widersetzten sich dennoch massiv dem vom Bundesinnenminister mehrfach geforderten Verbot der Gruppe. Der bayerische Innenminister Alfred Seidl, der sich in der neonazistischen Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters einsetzte, wiegelte noch 1978 ab: «Für besondere Maßnahmen zum Schutz Andersdenkender vor Übergriffen der <Wehrsportgruppe Hoffmann> sieht das Staatsministerium des Innern keinen Anlass.»

Am 19. September 1980 erschoss ein Mitglied der WSG mit einer Pistole Hoffmanns in Erlangen den Rabbi Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Pöschke. Levin hatte sich in den letzten Jahren vor allem antifaschistisch gegen die WSG Hoffmann engagiert. Die Polizei ermittelte jedoch zuerst monatelang innerhalb der jüdischen Gemeinde Erlangens nach einem Täter, weil sie dort angebliche mafiöse Intrigen witterte (eine bittere Parallele zu den Ermittlungen der polizeilichen Sonderkommission «Bosporus» in der Mordserie des NSU).

Am Abend des 26. September 1980 legte Gundolf Köhler, der eine Zeit lang an Hoffmanns Wehrsportübungen teilgenommen hatte, eine aus einer britischen Werferhandgranate gebaute Bombe am Ausgang des Münchner Oktoberfests in einen Papierkorb. Bei der Detonation starben zwölf Menschen und der Attentäter, über 200 Personen wurden schwer verletzt. Ein «Einzeltäter» sei er gewesen, ohne politischen Hintergrund, an jenem Tag durch eine Klausur im Studium gefallen – das ist seither die offizielle Diktion. Die Ermittlungen, z. B. nach Verbindungen zum Attentat der NATO-Stay-Behind-Strukturen im Bahnhof von Bologna oder zu den Verwicklungen diverser Landesämter für Verfassungsschutz ins Tatortgeschehen (vom DDR-Ministerium für Staatssicherheit akribisch observiert), werden nicht wieder aufgenommen.

In den Folgejahren war die Geschichte der bayerischen Neonaziszene eine Geschichte militanter und terroristischer Gruppen:

Kurz nach dem Oktoberfestattentat versuchte die Führungsriege der neonazistischen, von München aus operierenden Partei Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) von Friedhelm Busse, Waffen und Munition zu besorgen. Ihr Aktivist Frank Schuberth erschoss an Heiligabend 1980 zwei Schweizer Grenzbeamte. 1981 starteten fünf VSBD-Funktionäre in München zu einem Banküberfall. Auf der Fahrt zum ersten Tatort lieferten sie sich eine Schießerei mit Polizeibeamten, zwei Neonazis kamen dabei ums Leben. 1982 erschoss der Neonazi Helmut Oxner aus rassistischer Motivation drei Menschen in einer Nürnberger Diskothek. Die neonazistische Gruppe Ludwig startete in den 1980er Jahren von München aus zu zehn Mordanschlägen in Norditalien. In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 1984 verübten sie in München einen Brandanschlag auf den Nachtclub «Liverpool» in der Schillerstraße, dabei starb Corinna Tatarotti, acht Gäste wurden verletzt.

In den 1990er Jahren wurden sowohl in diversen Blood&Honour-Magazinen als auch von Combat 18 Anschläge auf Migrant_innen propagiert: «Vor allem müssen wir die Einwanderer selbst angreifen», zitiert das ARD-Magazin Monitor im November 2011 aus Combat-18-Schriften. In den Blood&Honour-Terroranleitungen steht, man solle keine Bekennerschreiben hinterlassen, in kleinen Zellen arbeiten, Nagelbomben einsetzen und Listen von möglichen Opfern erstellen.

In den bayerischen Verfassungsschutzberichten von 1996, 1997, 1998 und 1999 wurden das internationale Blood&Honour-Netzwerk und seine zwei bayerischen Sektionen mit keinem Wort erwähnt.

Die nochmalige Radikalisierung der bayerischen Neonaziszene Ende der 1990er Jahre war nicht zu übersehen. Auf dem Cover des Skinzines Der Angriff aus Schwabach blickte mensch in den Lauf einer Pistole und auf die Parole «Der Kampf wird härter». «Der Landser» aus Nürnberg machte mit der Titelzeile «Militant ins neue Jahrtausend» auf. Spätestens ab 1995 diskutierten die «Kamerad_innen» auch in Bayern terroristische Konzepte, z. B. den «führerlosen Widerstand» (leaderless resistance). Und sie lasen auch die Handbücher «Eine Bewegung in Waffen», die nicht zuletzt dank der NSDAP/AO in der Bundesrepublik kursierten: «Der Werwolf der Zukunft ist ein Feierabend- und Wochenendterrorist.» Gefordert wurde in den bekannt gewordenen Strategiepapieren die «Zerstörung von Sendeanlagen der Systemmedien (...) Störung von Verkehrswegen bzw. -anlagen» und «Banküberfälle, um den Einsatzgruppen finanzielle Spielräume zu schaffen».

Und die bayerischen Behörden? Im VS-Bericht Bayern 1999 (veröffentlicht im Jahr 2000) hieß es auf Seite 65: «Rechtsterroristische Strukturen in Art einer «Braunen Armee Fraktion» sind in Deutschland nicht bekannt geworden. Konkrete Erkenntnisse über Planungen von Terroranschlägen liegen nicht vor. Auch eine Strategiedebatte über eine gewaltsame Beseitigung des politischen und gesellschaftlichen Systems in Deutschland findet im rechtsextremistischen Lager derzeit nicht statt.»

Im August 2000 wurde am Haus der Familie des ehemaligen Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg eine professionell gebaute Bombe entdeckt, deren Zeitzundermechanismus bereits lief. Es gelang, sie noch vor der Detonation zu entschärfen. Die Bamberger Polizei wiegelte ab: «Es gebe keine rechte Szene in der Stadt», erklärte ihr Sprecher. Und im ein halbes Jahr später veröffentlichten Verfassungsschutzbericht stand auf Seite 78: «Rechtsterroristische Strukturen sind in Bayern nicht bekannt geworden» sowie «konkrete Strukturen, wie sie die frühere linksextremistische Terrorgruppe RAF hatte, die aus der Illegalität heraus gezielt Anschläge verübte, sind bisher allerdings nicht feststellbar. Auch ein Abtauschen von möglichen rechtsextremistischen Gewalttätern in den Untergrund ist bisher nicht feststellbar».

Am 6. September 2003 wurden der Neonazi Martin Wiese und acht weitere Mittäter_innen verhaftet. Sie hatten Waffen und Sprengstoff besorgt (unter tatkräftiger Mithilfe von Didier Magnien, Agent des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz) und über einen Anschlag auf die Grundsteinlegungsfeier für das Jüdische Gemeindezentrum diskutiert.

Ende November 2006 beschlagnahmten Polizeibeamt_innen des Landeskriminalamtes bei einer Razzia in Oberbayern gegen die neonazistische Wehrsportgruppe Wendelstein ein riesiges Waffenarsenal, unter anderm über einhundert Gewehre und (scharfe!) Kriegswaffen, darunter Maschinengewehre und Handgranaten. Und was schrieb der bayerische Verfassungsschutz anschließend in seinen Jahresbericht? Auf Seite 139 gab er Entwarnung: «Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen haben die Tatverdächtigen keine extremistischen Straftaten geplant, vielmehr sind die Waffen als «Statussymbole» der rechtsextremistischen Szene zu betrachten.»

2010 wurde Rechtsterrorist Martin Wiese wieder aus der Haft entlassen. Nun ist er eine der Führungspersonen in der bayernweiten Nazistruktur Freies Netz Süd. Das Freie Netz Süd organisierte am 1. Mai 2012 im oberfränkischen Hof den größten an diesem Tag in Deutschland stattfindenden neonazistischen Aufmarsch. Ein Teil der 450 Teilnehmer_innen trug – von der Polizei völlig unbeanstandet – rote T-Shirts mit dem großformatigen Aufdruck «C18», der Abkürzung der neonazistischen Terrororganisation Combat 18.

Robert Andreasch ist Journalist und Autor der antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a. e. V.).

Schleichende Aushöhlung von Freiheitsrechten

Thesen zu den Entwicklungen nach dem NSU-Skandal

Von Alexander Hoffmann

1. Ohne den laufenden Strafermittlungen und den Ermittlungen der verschiedenen Untersuchungsausschüsse vorzugreifen, kann festgestellt werden, dass erhebliche Missstände und Versäumnisse sowohl bei der eigentlichen Arbeit der Verfassungsschutzämter, als auch bei der Zusammenarbeit deutscher Sicherheitsbehörden insgesamt eine frühzeitige Entdeckung und Aufklärung der Verbrechen der unter dem Namen Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) agierenden Neonazis behindert haben. Der Thüringer Heimatschutz, aus dem der NSU hervorging, wurde über Jahre vom Verfassungsschutz finanziert. Noch während der Flucht der Hauptverdächtigen Beate Zschäpe, Uwe Bönhardt und Uwe Mundlos wurde ihnen staatliches Geld zugeführt. Observationen wurden nicht regelgerecht durchgeführt, an einem Tatort war ein V-Mann des Verfassungsschutzes anwesend, der hiervon keine Mitteilung machte etc. Trotz zahlreicher Hinweise wurde ein neonazistischer Hintergrund der Mordserie verneint, entsprechende Ermittlungen wurden abgebrochen. Damit kann man nicht mehr nur von vereinzelten Missständen und Pannen sprechen – die gesamte Struktur, Ausrichtung und Organisation der deutschen Sicherheitsbehörden muss auf den Prüfstand.

2. Der deutsche Inlandsgeheimdienst, also die Gesamtheit der bundesdeutschen Verfassungsschutzämter, hat in den vergangenen Jahrzehnten rein objektiv betrachtet zur Konsolidierung der extremen Rechten beigetragen. So wurde beispielsweise im gescheiterten NPD-Verbotsverfahren deutlich, dass die V-Männer der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder nicht nur Informationen sammelten, sondern auch erheblichen Einfluss auf die Partei selbst hatten. Das Bundesverfassungsgericht zweifelte daher, ob sich im Einzelnen aufklären lassen würde, welche Inhalte und Aktivitäten aus der Partei selbst stammten und welche auf der Tätigkeit staatlich bezahlter V-Leute beruhten. Auch bei den Einsätzen von V-Leuten in sonstigen, teilweise terroristischen Nazigruppen ist zu befürchten, dass diese oftmals nicht ausschließlich zur Beschaffung von Informationen führten, sondern darüber hinaus zum weiteren Aufbau der Gruppen und zu deren struktureller Weiterentwicklung oder gar zu Straftaten beitrugen. Vor diesem Hintergrund verdient die Forderung nach Auflösung der Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz Zustimmung.

3. Die Einrichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrums in dem Verfassungsschutz, Polizei und Generalbundesanwaltschaft zusammenarbeiten – nun auch gegen sogenannte Rechtsextremisten – ist entweder nur ein neuer Name für einen Informationsaustausch, der bereits in den letzten Jahrzehnten zulässig und üblich, aber offensichtlich nicht erfolgreich war, oder aber er wird zu einer weiteren Aufweichung des Trennungsgebotes führen.

Das Trennungsgebot, die vollständige Trennung von Inlandsgeheimdienst und Polizei, ist eine der Lehren aus den Erfahrungen mit der Gestapo im Dritten Reich. Mit geheimdienstlichen Mitteln beschaffte Informationen dürfen nur in Ausnahmefällen der Polizei übermittelt werden. Schon dieser Informationsaustausch ist im Übrigen sehr problematisch, weil die Polizeibehörden (und die Beschuldigten) diese Erkenntnisse und ihre Quellen nicht überprüfen können.

Ein in noch erweitertem Umfang im Gemeinsamen Abwehrzentrum institutionalisierter Informationsaustausch wird daher in immer größerem Maße dazu führen, dass die Polizeibehörden Ermittlungen führen, die vom Inlandsgeheimdienst initiiert wurden, ohne dass der Wahrheitsgehalt der zugrunde liegenden Quelleninformationen verifiziert werden kann.

Bereits die Einrichtung des Abwehrzentrums hat zu einer bedenklichen Ausweitung der Speicherung personenbezogener Daten beim Bundesamt für Verfassungsschutz geführt, die Eingang in die Verbunddatei beim Gemeinsamen Abwehrzentrum finden.

Bislang durften Informationen über nicht gewalttätige Verfassungsfeinde nur eingeschränkt gespeichert werden. Nun wurde die Differenzierung zwischen gewalttätigen und nicht gewalttätigen Rechtsextremisten aufgehoben. Dies wird und muss zu einer ungeheuren Ausweitung der Speicherung von personenbezogenen Daten führen. Auch die Fristen für die Speicherung von Informationen sollen deutlich verlängert werden.

All diese Ausweitungen der Kompetenzen der Sicherheitsbehörden werden momentan durch die Morde des NSU gerechtfertigt. 14 Jahre lang hat eine Gruppe von größtenteils als gewalttätig bekannten, mit Haftbefehl gesuchten Neonazis Morde, Banküberfälle und Anschläge im gesamten Bundesgebiet begangen. Die deutschen Sicherheitsbehörden haben nicht einmal erkannt, dass es sich bei der Verbrechenserie um politisch motivierte Taten von Neonazis handelte, sondern im Umfeld der Opfer nach ausländischen Tätergruppen gefahndet.

Keine der jetzt vorgeschlagenen neuen Institutionen und Gesetzesänderungen hätte an diesem Ermittlungsdesaster etwas geändert. Nun wird dieses Versagen benutzt, um lang geplante Kompetenzerweiterungen und Grundrechtseinschränkungen – auch die Vorratsdatenspeicherung darf nicht fehlen – zu begründen und durchzusetzen. Es ist zu erwarten, dass diese Kompetenzen alsbald auch auf andere Felder der Strafverfolgung, sei es den sogenannten Linksextremismus, sei es die organisierte Kriminalität oder die Betäubungsmittelkriminalität, ausgeweitet werden. Damit findet schleichend eine Aushöhlung der grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte statt. Es ist zu befürchten, dass dies dauerhaft zu einem erheblichen Zuwachs von geheimdienstlich gesteuerten Strafverfahren führt.

Alexander Hoffmann ist Rechtsanwalt in Kiel.

«Die Fragen können aus Gründen des Staatswohles nicht beantwortet werden»

Versäumnisse und Vertuschung auch beim Hamburger Verfassungsschutz

Von Felix Krebs

Vergessen, versäumt, vernichtet, vertuscht und verlogen, das sind wohl die Worte, die vielen Menschen momentan zu den deutschen Inlandsgeheimdiensten mit dem euphemistischen Namen «Verfassungsschutz» in den Sinn kommen.

Drei Chefs der Schlapphüte sind schon gegangen, brisante Akten wurden vernichtet, andere unterschlagen, bezahlte Neonazis – V-Leute genannt – werden weiterhin geschützt, GeheimdienstmitarbeiterInnen verweigern umfassende Aussagen und ein Ende des Skandals ist nicht absehbar. Zwar wurden verschiedene Untersuchungsausschüsse eingerichtet, generell bleiben jedoch auch diese auf Gedeih und Verderb von dem Informationswillen der Inlandsgeheimdienste abhängig. Von einigen Gremien erfährt man aber auch gar nichts mehr. Wer kennt z. B. noch das Gremium, in das Hamburgs ehemaliger oberster Verfassungsschützer und Innenminister Heino Vahldieck im Februar 2012 gewählt wurde? Und wirklich brisante Informationen zum NSU-Geheimdienstkomplex liefern oft nur «Kommissar Zufall» oder Unbekannte, die gezielt Informationen an wenige Leitmedien durchstachen.

... über Jahrzehnte angemessene Maßnahmen ergriffen?

Dieser Beitrag kann auch keine weitere Aufklärung zu den NSU-Morden und der konkreten Verstrickung der deutschen Geheimdienste leisten. Aber er kann darlegen, dass das Übersehen und die Vertuschung von neonazistischen Strukturen und Aktionen nicht auf Thüringen und Sachsen beschränkt waren, sondern im «System Verfassungsschutz» begründet sind. Der bekannte Anwalt Dr. Rolf Gössner, Mitherausgeber des Grundrechte-Reports meint dazu: «Speziell im aktuellen Fall der Neonazi-Mordserie und der offensichtlichen Nichtermittlung kann man wohl kaum von Unfähigkeit, Dilettantismus, Pannen oder Konfusion des polizeilichen Staats- und geheimdienstlichen Verfassungsschutzes sprechen, stattdessen von ideologischen Scheuklappen der traditionell antikommunistischen Sicherheitsorgane, von Ignoranz und systematischer Verharmlosung des neonazistischen Spektrums.»

Manfred Murck, Chef des Hamburger Inlandsgeheimdienstes, erweckte Anfang des Jahres durch Äußerungen die Illusion, dass es in den beiden ostdeutschen Ländern Sachsen und Thüringen halt in den 1990er Jahren besonders drunter und drüber gegangen, man aber in Hamburg immer sehr engagiert gegen die neofaschistische Szene vorgegangen sei. In der bisher einzigen Sitzung des Innenausschusses zum Thema am 10. Januar 2012 erklärte der SPD-Senat dem zustimmend: «Zusammenfassend stellten die Senatsvertreterinnen und -vertreter fest, die Hamburger Szene sei durch das Landesamt für Verfassungsschutz über die Jahrzehnte richtig beschrieben und angemessene Maßnahmen seien ergriffen worden.»

Der folgende Beitrag soll aufzeigen, dass dem nicht so ist, dass auch die Hamburger Behörden, allen voran der VS, in den letzten 20 Jahren entweder brisante Erkenntnisse über Neona-

zis nicht hatten, oder, schlimmer noch, ihre Erkenntnisse nicht preisgeben oder handeln wollten. Zur Auswertung wurden neben eigenen Recherchen und Tagespresse, vor allem Bürgerschafts- und Bundestagsdokumente, Verfassungsschutzberichte und zwei vertrauliche Dokumente des Inlandsgeheimdienstes herangezogen. Der Auswertungszeitraum beginnt bewusst 1990. Zum einen, weil es mit der Übernahme der ehemaligen DDR auch in Westdeutschland zu einem massiven Anstieg von Rassismus, Nationalismus sowie neofaschistischen Morden und Anschlägen kam. Von 1990 bis 1992 kam es auf Bundesebene zu einem 20-fachen (!) Anstieg von neofaschistischen und rassistischen Gewalttaten. Zum anderen, um darzulegen, dass es sich hier um systematische Versäumnisse und nicht um einzelne Pannen handelt. Auch wenn sich bisher keine besondere Nähe von Hamburger Neonazis zum NSU nachweisen lässt, sind in der Auswertung bewusst Themen wie Wehrsport, Waffen, NPD und das Nazi-Netzwerk Blood&Honour betrachtet worden, die auch für den NSU und sein Umfeld eine wichtige Rolle spielten.

Wehrsport aus Hamburg – bewusst verschwiegen

In den offiziellen Verfassungsschutzberichten (VS-Berichten) klingt es oftmals so, als habe der Dienst alles im Griff, die Neonazis seien zwar gefährlich, ihre Überwachung aber nahezu perfekt und die Öffentlichkeit, zumindest aber die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) des Inlandsgeheimdienstes werde immer zeitnah informiert, ggf. auch die Exekutive zur Durchführung von hartem Durchgreifen gegen rechts ermuntert. So ähnlich liest sich auch Hamburgs erster VS-Bericht, der 1993 publiziert wurde. Durchaus kritisch wird da auf «brutale Gewalt und einen gestärkten Rechtsextremismus» hingewiesen, erste Anzeichen für rechtsextremistischen Terrorismus seien feststellbar, «Anleitungen zum Bau verschiedener Brand- und Sprengkörper in der neonazistischen Szene» seien aufgetaucht, Hamburg sei aber «keine Hochburg des Rechtsextremismus», brutale Straftaten würden in «aller Regel ungesteuert» von Jugendlichen und Skinheads durchgeführt, zumeist gingen «Anschläge auf rechtsterroristische Einzeltäter» zurück. Zum Rechtsterrorismus heißt es abschließend: «Es ist zu befürchten, dass zukünftig mit einem intelligenteren rechtsextremistischen Terrorismus als bisher zu rechnen ist.»

Um so mehr erstaunt, dass in dem gesamten offiziellen Bericht kein einziges Wort über die konkrete mögliche Vorstufe eines solchen intelligenteren Terrorismus in Hamburg steht – nämlich die systematische Organisation von Wehrsport unter Beteiligung von akademischen NeofaschistInnen und klassischen, militanten Nazis aus Hamburg. Ebenfalls 1993 hatten die Schlapphüte in einem vertraulichen Bericht ein ziemlich genaues Bild über diese Wehrsportaktivitäten gegeben. Nur blieb dieser Bericht bis heute selbst Abgeordneten unbekannt, Nachfragen wurden abgeblockt, die PKK informierte ebenfalls nicht darüber.

In dem Bericht wird geschildert, dass Hamburger Burschschafter, andere Korporierte und klassische Neonazis aus Hamburg und Umgebung einen Deutschen Freundeskreis (DFK), als politisches Bündnis und ein «Komitee für freiwillige Reservistenarbeit Nord (KON)» als dessen militärischen Ableger gebildet hatten. In dem vertraulichen Papier heißt es: «Seit

1991 werden mit jeweils 25– 40 Personen – darunter überwiegend studierende Reservisten – aus dem Umfeld des DFK bzw. der ihn tragenden Burschenschaften sowie auswärtigen

Rechtsextremisten aus Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein zweimal jährlich Wehrsportlager in der Nähe des Truppenübungsplatzes Munster in Niedersachsen veranstaltet.» Viele der beteiligten Neonazis waren ReservistInnen der Bundeswehr, Mitglieder in Schützenvereinen und besaßen oder besitzen scharfe Schusswaffen. «Zu beobachten ist, dass die sich an den Ausbildungsstandards der Bundeswehr orientierenden Wehrsportübungen von Mal zu Mal an Professionalität und Effektivität gewinnen. Zum Ausbildungspaket gehören Orientierungsmärsche, Gefechtsübungen mit Einsatz von Übungs- und Leuchtschurmunition, Feuerwerkskörpern und sog. Gotcha-Waffen sowie der Kampf Mann gegen Mann. Bei den Lagern werden bis zu zehn geländetüchtige Fahrzeuge mit Tarnfarbe und ausrangierte Bundeswehr-Lkws eingesetzt,» berichtete das Amt weiter. Geübt wurde wahrscheinlich für den Angriff auf MigrantInnen und politische GegnerInnen, die Gründung einer «Kampforganisation» erwogen. Abschließend heißt es in dem Bericht: «Die Wehrsportaktivitäten der Burschenschafter haben einen Organisations- und Aktionsgrad erreicht, der deutlich über die allgemein bei Rechtsextremisten feststellbare Vorliebe für militaristisches Gehabe hinausgeht.»

Angesichts der schon damals bestehenden ständigen Gefährdung von MigrantInnen, politischen GegnerInnen der Nazis und anderen, die nicht in ihr Weltbild passen, und vor dem Hintergrund der Pogrome von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) sowie der Mordanschläge in Mölln und Solingen, ist es ein Skandal, dass die Öffentlichkeit bis heute nicht über diese Vorgänge informiert wurde. Vielmehr sabotierten die Ämter des Bundes und in Hamburg mögliche Aufklärung durch Nichtbeantworten von gezielten Nachfragen.

Die Bundesregierung erläuterte 1993 immerhin noch auf Nachfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste), dass das KON 1992 von Rechtsextremisten gegründet wurde und Wehrsportübungen im Landkreis Celle abgehalten sowie Verbindungen zu der später verbotenen Nationalen Liste (NL) aus Hamburg um die heute noch aktiven Nazis Christian Worch und Thomas Wulff gehabt habe. Mit einem Kameradschaftsbund, zu dem das KON ebenfalls Kontakte hatte, wusste das Bundesamt allerdings laut eigener Auskunft nichts anzufangen. Es dürfte sich um den im Dezember 1992 verbotenen Deutschen Kameradschaftsbund Wilhelmshaven um den mehrfach wegen Körperverletzung und Waffendelikten zu Haftstrafen verurteilten Thorsten de Vries gehandelt haben. De Vries lebt inzwischen seit Jahren in Hamburg und war über lange Zeit sehr aktiv in der militanten Naziszene. In einer weiteren Anfrage zum Komplex über die Zwecke von Wehrsportübungen des KON und anderen Gruppen ließ der VS via Bundesregierung verharmlosend verlauten, diese dienten zum Training und körperlicher Abhärtung, zur Förderung von «Lagerfeuerromantik», der Festigung der Ideologie und der politischen Indoktrination. Kein Wort über die konkrete Gefahr durch diese paramilitärischen Trainings. Der Hamburger Inlandsgeheimdienst wollte dann 1996 schon gar keine Antwort mehr auf Nachfragen zum DFK und KON und den diese tragenden Strukturen geben. Eine detaillierte Anfrage der Abgeordneten Anna Bruns (GAL) wurde lapidar mit «Die Fragen können aus Gründen des Staatswohles nicht beantwortet werden» beschieden. Ähnlich dreist wurden in der Vergangenheit übrigens immer wieder Anfragen zum Thema Neofaschismus beantwortet.

Wehrsportgelände in der Heide – dank Hamburger Versäumnisse gekauft und finanziell gefördert

In den 1990er Jahren diente auch das später geschlossene Nazi-Zentrum Hetendorf 13 um den Hamburger Neonazi Jürgen Rieger immer wieder für paramilitärische Übungen von Neonazis aus Norddeutschland. Neben der jährlich trainierenden Nationalen Liste und der mittlerweile ebenfalls verbotenen Organisationen Wiking-Jugend, übte hier 1992 auch ein «Ordnerlager» mit Hamburger Neonazis für den Rudolf-Hess-Marsch. Möglich waren die Wehrsportübungen erst durch einen Persilschein des Hamburger Inlandsgeheimdienstes: 1978 erwarben zwei Nazivereine um Jürgen Rieger in Niedersachsen von der Bundesvermögensverwaltung das Gelände. Der Hamburger VS hatte zuvor gegenüber der Oberfinanzdirektion in Hannover, wider besseres Wissen, beide Vereine für unbedenklich erklärt. «Für’n Appel und ’n Ei», so Rieger-Vertraute Gertrud Herr, nämlich 120.000 DM, ging die Immobilie an die Neonazis. Zur Schließung des Nazi-Zentrums in Hetendorf durch die Behörden kam es erst nach einer langen antifaschistischen Kampagne 1998. Die beiden Trägervereine von Hetendorf 13, einer wechselte im Verlauf, waren übrigens 1996, lange nach Bekanntwerden der Wehrsportübungen, immer noch beim Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. In einem Spezialbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der nur für den Dienstgebrauch ist, heißt es jedoch «militärische Übungen in Wehrsportgruppen können eine Vorstufe rechtsterroristischer Aktivitäten sein.»

Anleitung zum bewaffneten Kampf – Made in Hamburg

Bis zum Sommer 1993 lebte der Hamburger «Repräsentant» der im Dezember 1992 verbotenen Nationalen Offensive Henry Fiebig unbehelligt in einem Haus direkt hinter der Roten Flora. In seiner Wohnung hortete er verschiedenen Waffen wie eine abgesägte Schrotflinte, Molotowcocktails, Materialien, die für den Bau von Bomben geeignet waren, sowie Nazipropaganda. Schon 1989 hatte er an einem Sturmangriff der später verbotenen FAP auf das Göttinger Jugendzentrum teilgenommen. Die Waffen- und Propagandafunde wurden aber nicht durch die Polizei oder den Hamburger Inlandsgeheimdienst gemacht, sondern erst durch antifaschistisches Engagement möglich. Im Juni 1993 protestierten Menschen vor Fiebigs Wohnort, welcher daraufhin vom Balkon aus Leuchtpurgeschosse in die Menge schoss und einen Anwohner verletzte.

Fiebig wurde nach kurzzeitiger Festnahme wieder freigelassen, ein Haftbefehl nicht erlassen und er laut Augenzeugen danach von Beamten in Zivil beschützt. Dann hatte Fiebig erst einmal Ruhe. In Fiebigs verlassener Wohnung fand eine Nachmieterin 1996 zufällig noch einen Sprengsatz, dem nur die Batterie zur Zündfähigkeit fehlte. 1997 erhob jedoch die Bundesanwaltschaft Anklage gegen Fiebig und Christian Scholz nach § 129 a Strafgesetzbuch wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Sie hatten seit 1989, teilweise unter dem Pseudonym «Hans Westmar», eine vierbändige Terroranleitung unter dem Titel «Eine Bewegung in Waffen» verfasst und verbreitet. Sie forderten gezielte «Zerstörungen der Sendeanlagen von Systemmedien», Geiselnahmen, Brandstiftungen und auch Banküberfälle, um «den Einsatzgruppen einen gewissen finanziellen Spielraum zu verschaffen». Militante Nazis sollten als «Werwölfe» agieren, nicht vollständig in die Illegalität abtauchen, sondern aus der

Bevölkerung heraus handeln. Zwei Bände ließen Fiebig und Scholz auch im NS-Kampfruf der illegalen NSDAP/AO nachdrucken. Außerdem hatten sie sich selbst mit Waffen, Munition und Sprengstoff ausgerüstet.

Ein gleichnamiges Werwolf-Video über deutsche Nazi-Söldner aus Ex-Jugoslawien wurde in diesen Jahren ebenfalls vertrieben. Das Hanseatische Oberlandesgericht lehnte allerdings 1998 ein Verfahren nach § 129a ab. Die Taten seien verjährt und nicht geeignet gewesen «unmittelbar zur Gründung einer terroristischen Vereinigung zu führen». Fiebig wurde lediglich wegen des Besitzes von Molotowcocktails zu einer Geldstrafe von 1.350 DM verurteilt. Dem Hamburger VS war übrigens schon mindestens seit 1992 bekannt, dass Band IIb von «Eine Bewegung in Waffen» zum Thema «improvisierte Sprengtechnik» von Hamburg aus verschickt wurde. Fiebig und Scholz konnten also lange ungestört ihre Mord-Anleitungen verfassen und verschicken. Die von ihnen beschriebenen Zündvorrichtungen wurden bei Anschlägen in der BRD verwendet. Nicht unwahrscheinlich, dass es auch hier wieder nur der Zufall und Öffentlichkeitsarbeit von AntifaschistInnen waren, die ihr Tun an die Öffentlichkeit brachten.

In den durchsuchten Garagen und Wohnungen der drei flüchtigen, späteren NSU-Angehörigen Mundlos, Tschäpe und Bönhardt fand die Polizei 1998 neben Bomben und Waffen, die Hamburger Nazipostille Hamburger Sturm, in der es hieß «Man darf nicht vergessen, dass wir im Krieg sind mit diesem System und da gehen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf». Und man fand, neben anderen Nazipamphleten, den NS-Kampfruf der NSDAP/AO – Landesverband Hamburg.

Verbindungen von Bundeswehrsoldaten und Neonazis

1998 tauchen an mehreren Bundeswehrstandorten und im Internet Aufrufe eines Bw-Koordinationsausschuss «Rechts-um» auf, in denen unter der Überschrift «Kameraden der Bundeswehr» mit neofaschistischen Inhalten versucht wurde, Soldaten zu agitieren. Unterstützt wurde der Aufruf brisanterweise unter anderem von einem Arbeitskreis nationaler Reservisten und einer Patriotischen Hochschulgruppe. Kontaktanschrift war eine Adresse im Norden Hamburgs. Die Bundesregierung antwortete, die Schrift würde ihrer Erkenntnis nach nur von einem kleinen Kreis Freier Nationalisten, wahrscheinlich sogar aus der Feder des «ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen «Nationalen Liste»», Thomas Wulff, kommen. «Zu den übrigen Gruppierungen liegen keine Erkenntnisse vor. Es dürfte sich um frei erfundene Bezeichnungen handeln.» Im Hamburger VS-Bericht von 1998 wird die Agitation überhaupt nicht erwähnt, obwohl im Umfeld des Komitees für freiwillige Reservistenarbeit KON wenige Jahre zuvor Reservisten, patriotische Hochschulgruppen – nämlich Burschenschaftler und Angehörige der Nationalen Liste kooperiert hatten.

Seit Anfang der 1990er Jahre kandidierten auch immer wieder neofaschistische Studierende an den Hamburger Hochschulen zu Wahlen oder bildeten neofaschistisch beeinflusste Hochschulgruppen. Im Wintersemester 1997/98 und 1999 kandidierte beispielsweise eine burschenschaftlich geprägte Liste Pro Universitate an der Hamburger Uni, auf deren Liste sich ein Dominik B. befand, der im Jahr 2000 als Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger NPD angegeben wurde. 2001 kandidierte dann eine Liste mit sogenannten Waffenstudenten

(Mitgliedern schlagender Verbindungen) und ehemaligen Bundeswehrsoldaten, zu welcher der Hamburger Inlandsgeheimdienst wissen ließ, dass «an der Liste <V.O.L.K.> Rechtsextremisten beteiligt» waren. Teilweise wurde in diesem Zeitraum bei Kandidaturen von rechten Uni-Listen explizit die Mitgliedschaft in Reservistenvereinigungen der Bundeswehr betont. Einige extrem rechte Korporierte studier(t)en an der Bundeswehr-Universität, viele Inaktive und «Alte Herren» sind oder waren Mitglieder im Reservistenverband, der aktuelle Vorsitzende des Hamburger Reservistenverbandes ist ein wichtiger «Alter Herr» der rechtsextremistisch beeinflussten Hamburger Burschenschaft Germania. Trotz dieser diversen Verquickungen wurden die Agitationsversuche von Neonazis bei der Bundeswehr 1998 vom Inlandsgeheimdienst des Bundes als Lappalie abgetan, vom Hamburger Dienst anscheinend gar nicht thematisiert.

Wettschießen mit Jürgen Rieger bei der Bundeswehr

Der 2009 verstorbene Jürgen Rieger war einer der wichtigsten, militantesten und bestens vernetzten Neonazis Deutschlands. Aus seiner Sympathie für den bewaffneten Kampf machte er nie ein Hehl. Auch der Hamburger Inlandsgeheimdienst kannte 1993 schon das berühmte Rieger-Zitat: «Wenn diese Verbote [gemeint waren Verbote neonazistischer Vereinigungen – F.K.] tatsächlich durchgehen sollten, kriegen wir eine rechte RAF, da können Sie sicher sein. Wenn erst die ersten Reporter und Richter umgelegt worden sind, dann wissen Sie, es geht los!»

Trotzdem konnte Rieger nicht nur mit Hetendorf jahrelang die nötige Infrastruktur für Wehrsportübungen bereitstellen, sondern laut einer Bundestagsanfrage Anfang der 1990er Jahre mehrmals mit Angehörigen der Nationalen Liste, darunter dem heutigen NPD-Landesvize Thomas Wulff, Übungsfahrten mit historischen Wehrmachtsfahrzeugen inklusive SS-Runen auf einem Bundeswehrgelände in Schleswig-Holstein durchführen. Laut Rieger geschah dies «mit ausdrücklicher Genehmigung» der Bundeswehr. Die Bundesregierung antwortete dazu, «nach bisherigen Feststellungen» habe die «zuständige Bundeswehrdienststelle» die Übungen nicht erlaubt. Sich selbst nicht ganz sicher in der Sache, erklärte sie aber vorsichtshalber, dass zukünftig keine «motorsportliche Mitnutzung von Übungsplätzen» aus Gründen der Lärmbelastigung und ökologischer Schäden zulässig sei.

Im Stern wurde dann 1998 berichtet, dass 60 «Liebhaber historischer Militärfahrzeuge» im Jahre 1991, mögliche ökologische Schäden und Lärmbelastigung ignorierend, an einem «Tag der offenen Tür» auf dem Truppenübungsgelände im schleswig-holsteinischen Putlos teilgenommen hätten, davon seien 30 Mitglieder der mittlerweile verbotenen Organisation Nationale Liste gewesen. Mit dabei sollen unter anderem Jürgen Rieger, der damalige NL-Führer Thomas Wulff und der 1993 aus der Neonaziszene ausgestiegene Ingo Hasselbach gewesen sein. Es hätten Wettschießen und «regelrechte Wettfahrten» mit drei Opel-Blitz und zwei Kübelwagen, die mit Wehrmachtsabzeichen versehen waren, gegen Bundeswehrjeeps stattgefunden.

Zum Dementi der Bundesregierung erklärte Aussteiger Hasselbach: «Die Veranstaltung, von der hier die Rede ist, fand wie geschildert statt. Wenn dies im Nachhinein ein <Tag der offenen Tür> gewesen sein soll, so möchte ich keine geschlossene Veranstaltung der Bundeswehr

erleben. Ein Tag der offenen Tür, der ausschließlich Neonazis zu Gast hätte, wäre ein Phänomen, dessen Erklärung Minister Rühle wohl auch schwerfallen dürfte.»

Der Hamburger Senat zog es dann vor, auf kritische Nachfrage der GAL sich auf die Geheimhaltungspflicht und das angebliche Staatswohl zu berufen und ließ die Anfrage faktisch unbeantwortet.

Der Komplex Neonazis, Wehrsport, Bundeswehr und Reservistenarbeit wurde deshalb so ausführlich abgehandelt, weil laut verschiedenen wissenschaftlichen Umfragen, rechte bzw. national-konservative Einstellungen bei Studierenden an Bundeswehruniversitäten überproportional vorhanden und diese wahrscheinlich auch überproportional in neofaschistischen Gruppierungen oder Parteien organisiert seien. Umgekehrt treten Neonazis immer wieder gezielt in die Bundeswehr ein, sei es um den «Dienst an der Waffe» zu erlernen, zu agitieren, Kenntnisse im Umgang mit Sprengmitteln zu erwerben oder sich gar Zugang zu Waffen legal (z. B. als Reservisten) oder illegal zu verschaffen. Der verstorbene Hamburger Nazi-Kader Michael Kühnen und der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt waren beide längere Zeit «beim Bund», um nur zwei prägnante Beispiele zu nennen. Militärische Anleitungen aus Büchern dienen Neonazis immer wieder zur Fortbildung, Militär-Waffen und militärischer Sprengstoff werden immer wieder bei Neonazis gefunden, so auch beim NSU.

«Innensenator schützt NPD»

In dem Zusammenhang mit Jürgen Rieger verwundert es ebenfalls, dass der Hamburger VS 2012 bei der «Berichterstattung zur derzeitigen Lage für den Bereich des Rechtsextremismus in Hamburg und Berichterstattung über die Ermittlungen in der Mordsache Süleyman Taşköprü» vor dem Innenausschuss, dessen Aktivitäten erst seit seinem Engagement für die NPD besonders erwähnenswert findet und meint, «gegen Herrn Rieger seien intensive Maßnahmen durchgeführt worden».

Jürgen Rieger war allerdings vor und nach seiner Annäherung an die NPD 2005 sehr aktiv in der Hamburger Naziszene und der Inlandsgeheimdienst, respektive die Innenbehörde, trug dazu bei, dass jedenfalls keine exekutiven Maßnahmen gegen Rieger und seine NPD durchgeführt wurden. Naziveranstaltungen mit Rieger und/oder NPD fanden ungestört all die Jahre in Kleingartenvereinen, Kneipen etc. statt. Sogar im Restaurant «Stellinger Ratskellers», welches damals von MigrantInnen betrieben wurde und in dem sich sonst die örtliche SPD trifft, fanden mehrmals Naziveranstaltungen, auch unter Beteiligung von Rieger statt. Die meistens ahnungslosen VermieterInnen wurden niemals von den Behörden über ihre Nazi-Gäste informiert. Aufmärsche, auch klandestin organisierte und nicht angemeldete, fanden weiterhin statt, es gab kein einziges Verbot von Aufmärschen der Neonazis während des Engagement Riegers für die Hamburger NPD. Wenn Riegers NPD in die Schranken verwiesen wurde, dann durch antifaschistisches Engagement und jedenfalls nicht durch den VS oder die Innenbehörde. Stattdessen gab die Innenbehörde eine bis heute der Öffentlichkeit unbekannt Anweisung an die Bezirksämter heraus, die gesetzlich verbrieft Auskünfte und damit Protest bezüglich über 100 Infoständen der NPD, auch im Bürgerschaftswahlkampf 2009, erschweren sollten. Die taz titelte in dem Zusammenhang treffend «Auskunftspflicht: Innensenator

schützt NPD». Erst der Gang vor das Amtsgericht St. Georg stoppte die behördliche Behinderung antifaschistischen Engagements gegen Infostände der Rieger-NPD.

Bekanntlich kommen oder kamen etliche UnterstützerInnen des NSU aus der NPD bzw. deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten. Der Hamburger Dienst scheint jedoch bei seiner Beobachtung dieser Partei nicht einmal des Zählens und Lesens mächtig zu sein. Im aktuellen VS-Bericht wird behauptet, die «Hamburger NPD führte 2011 lediglich zwei Vortragsveranstaltungen durch». Dabei veranstaltet die Partei letztes Jahr, zusätzlich zu den dort erwähnten, mindestens noch eine Infoveranstaltung am 23. November zur «Hetzkampagne gegen die NPD», einen Vortrag mit Adolf Damman im Oktober zu «Raus aus EU und Euro», eine Veranstaltung mit Thomas Salomon» am 13. September und im Juni Vorträge zur sozialen Frage. Oder sollen solche Fehlinformationen gar die Bedeutung des Hamburger Landesverbandes verharmlosen?

Blood&Honour – Nazi- Musik und Vernetzung auch in Hamburg

Das spätere NSU-Mitglied Uwe Mundlos fiel schon Mitte der 1990er Jahre im Umfeld des Netzwerkes Blood&Honour auf, im September 1998 rechnete das LKA Thüringen zusätzlich Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt zum harten Kern der Blood&Honour-Bewegung in Jena. Thomas Starke, der laut Zeugenaussagen dem NSU bei der Sprengstoffbeschaffung half, galt als einer der führenden Köpfe des sächsischen Blood&Honour. Viele Neonazis, die als UnterstützerInnen des NSU gelten, hatten ebenfalls enge Kontakte zu Blood&Honour.

Blood&Honour ist ein internationales Netzwerk sowohl zur Verbreitung von Nazimusik und Organisation von Konzerten, als auch ein militant-politischer Zusammenschluss von AktivistInnen und Bands. Die deutsche Division wurde ebenso wie ihre Jugendorganisation White Youth im September 2000 verboten, ist aber unter dem neuen Namen Division 28 weiterhin aktiv, was man auch an 2008 gehackten Blood&Honour-Internetforen verfolgen konnte.

Auch in Hamburg gab und gibt es Personen, die zumindest dem Umfeld von Blood&Honour zugerechnet werden.

Kurz vor dem Verbot fand am 5. August 2000 in Billstedt ein Konzert mit der Gruppe Noie Werte statt, deren Lieder zum Teil wegen Volksverhetzung indiziert sind. Mitglieder der Band trugen in den 1990er Jahren maßgeblich zum Aufbau von Blood&Honour bei. Organisiert wurde das Konzert von dem heutigen NPD-Landesvorsitzenden Torben Klebe, allerdings getarnt als Verlobungsfeier. Klebe gehörte damals zum Führungskreis von Blood&Honour in der «Region Nordmark» (Schleswig-Holstein, Hamburg, nördliches Niedersachsen). Trotzdem wurde wohl versäumt zu überprüfen, ob bei dem Konzert indizierte Lieder gespielt wurden. Eine Verhinderung gar, wie kurz zuvor bei einem ähnlichen Konzert in Holvede, Landkreis Harburg, sei nicht möglich gewesen. 2001 sollte in Rothenburgsort ein erneutes Konzert mit Noie Werte stattfinden. Die Polizei löste das Konzert auf, da hinreichende Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass die Veranstaltung der Fortführung von Blood&Honour diene. Dem Hamburger Verwaltungsgericht reichte die zugegebenermaßen unzureichend formulierte Begründung der Behörden jedoch nicht aus und bewertete die Konzertauflösung als nicht rechtmäßig.

In der Folgezeit konnten Klebe und sein Umfeld, trotz Verbot von Blood&Honour, dann weitgehend ungestört diverse Nazikonzerte in Hamburg und Umgebung organisieren. Dabei wurden sowohl Bands wie auch Kontakte und Infrastruktur genutzt, die aus dem verbotenen Netzwerk stammten. Die Nazis konnten dabei immer wieder auf einen nachlässigen Geheimdienst und eine unwillige Polizei bauen. Die ahnungslosen VermieterInnen der Konzerträume wurden in der Regel nicht vor den Konzerten durch den Geheimdienst gewarnt. 2005 wurde den Behörden durch Klebe sogar eine «Party mit Livemusik» von Noie Werte neun Tage zuvor angemeldet. Am Tag selbst weigerte sich jedoch die Polizei laut Darstellung der Vermieter, die wegen Vertragsbruch und Lärmbelästigung den Nazis die Kündigung ausgesprochen hatten, das Konzert mit mehreren Hundert Neonazis an der Reeperbahn aufzulösen. Die Neonazis feierten ausgelassen unter dem Schutz der Polizei. Bei einem der Konzerte (2008) konnte trotz 140 anwesenden PolizeibeamtInnen eine «inhaltliche Kontrolle der dargebotenen Musikstücke» nicht durchgeführt werden, sprich: Volksverhetzung war möglich.

Besonders dreist verweigerte der Inlandsgeheimdienst auch 2010 Auskunft zu einem Konzert, wieder mit der Blood&Honour-Band Noie Werte, welches laut eigenen Recherchen von den Hamburger Jungen Nationaldemokraten um Kay-Ole Klebe organisiert wurde. Kay-Ole ist der jüngere Bruder von Torben Klebe und stand im Juni 2012 vor Gericht, weil er mit einem Beil in der Hand und den Worten «Soll ich dich umhacken» einen Ladenbesitzer bedroht hatte. Der Hamburger Dienst ließ eine Anfrage zu dem Konzert jedoch faktisch unbeantwortet. Der NSU benutzte übrigens zwei Titel der Naziband Noie Werte zur musikalischen Unterlegung ihres ersten Bekennervideos.

Vor dem geschilderten Hintergrund ist es fast schon eine Frechheit, wenn VS-Chef Manfred Murck, im November 2011, wenige Tage nach dem Aufliegen des NSU in der Talkshow Schalthoff-live erklärte, man brauche V-Leute, um z. B. von klandestin organisierten Nazikonzerten zu erfahren und «die Information zu haben, dass man rechtzeitig dazwischen kommt». Damit suggerierte Murck gegenüber der Öffentlichkeit eine seit Jahren nicht vorhandene Handlungsbereitschaft.

Wer so nachlässig mit der Beobachtung von und Informationen über eines der wichtigsten militanten Nazi-Netzwerke wie Blood&Honour umgeht, sollte Versäumnisse zuerst im eigenen Amt suchen. Schließlich war Blood&Honour auch in Norddeutschland in den vergangenen Jahren «kein Ponyhof». 2001 bis 2003 bestand auch hier eine Nazigruppe namens Combat 18 Pinneberg (C18 = Kampf Adolf Hitler), die sich als Teil des bewaffneten Armes von Blood&Honour verstand, der unter gleichem Namen, vor allem in England, für mehrere Morde verantwortlich gemacht wird. Die norddeutschen C18-AktivistInnen handelten mit Waffen und illegalen CDs, trieben Schutzgelder ein und terrorisierten politische GegnerInnen. 2003 durchsuchte die Polizei etwa 50 Wohnungen und Treffpunkte in Rendsburg, Pinneberg und Hamburg wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Fünf Hauptverdächtige landeten vor Gericht, von denen vier verurteilt wurden.

Der Verfassungsschutz ist nicht blind auf dem rechten Auge

Denn Blindheit ist eine durch Geburt, Unfall oder Krankheit, jedenfalls schicksalhaft verursachte Unmöglichkeit Dinge zu sehen, wie sie sind. Den Diensten mangelt es zwar oftmals

auch an hinreichender Beobachtung, die Umstände der Aufklärung um den NSU und die für Hamburg geschilderten Fälle lassen jedoch erkennen, dass man oftmals gar nicht gewillt war und ist, ein richtiges Bild über die neofaschistische Szene zu bekommen und noch weniger Interesse daran hat, einer kritischen Öffentlichkeit darüber zu berichten.

Das vom Hamburger Inlandsgeheimdienst oftmals angeführte Staatswohl meint die Schutzwürdigkeit des ganz spezifischen Eigenlebens der Geheimdienste. Für sie geht Quellenschutz, inklusive der als V-Leute geführten Neonazis, im Zweifelsfalle immer über die Informationspflicht der Öffentlichkeit. Auch über die Parlamentarischen Kontrollkommissionen der Geheimdienste wird die Öffentlichkeit niemals informiert werden. Ihre Mitglieder sind auf Lebenszeit zur Geheimhaltung verpflichtet, ihre öffentlich einsehbaren Berichte inhaltsleer und belanglos.

Die Geheimdienste fördern ihre Neonazis nicht nur unkontrolliert mit Geldbeträgen: Alleine der aufgeflogene thüringische V-Mann Tino Brandt bekam in wenigen Jahren 200.000 DM und pumpte sie direkt in Nazistrukturen. Sie haben auch eine über die Einsatzzeit hinausgehende Führsorgepflicht für diese. So wird für zweifelhafte, teuer erkaufte Informationen eine undurchdringliche Mauer des Schweigens um die Dienste aufgebaut. Der Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes ist geheim, erst recht der Etat der einzelnen Referate, die Zahl der dort verbeamteten oder angestellten MitarbeiterInnen, die Zahl der V-Leute und die für sie gezahlten Summen werden nicht genannt. Geschweige denn der Ertrag des V-Leute-Unwesens, also wie viele verwertbare Informationen tatsächlich durch diese gewonnen werden. Immer wieder werden auch kriminelle V-Leute von den Geheimdiensten eingesetzt und im Zweifelsfall vor Verfolgung abgeschirmt, was eigentlich verboten wäre. Erst 2007 wurde in NRW der Fall des gewaltkriminellen Neonazis Sebastian Seemann bekannt, der mit Waffen und Kokain handelte und nebenbei für den Dienst spitzelte. Sein V-Mann-Führer hatte Seemann sogar vor einer Festnahme der Bielefelder Polizei gewarnt.

Auch der Hamburger SPD-Senat will trotzdem unbedingt an der Arbeitsweise des Inlandsgeheimdienstes inklusive V-Leute festhalten. Jahrelang verteidigte die SPD gegen KritikerInnen die gescheiterte V-Leute-Praxis vehement. Noch im November letzten Jahres und drei Wochen nach (!) dem zufälligen Bekanntwerden des NSU-Terrornetzwerkes publizierte Innensenator Michael Neumann persönlich im Hamburger Abendblatt einen langen Artikel mit dem bezeichnenden Titel «V-Leute behalten, NPD verbieten». Erst unter dem Druck der Ereignisse erklärte er sich nach Absprache mit Murck bereit, bezahlte Neonazis wenigstens aus dem Führungskreis der NPD für ein mögliches Verbot der Partei vorübergehend abzuschalten.

Scheitert das NPD-Verbot zum zweiten Mal an den Geheimdiensten?

Bekanntlich scheiterte das erste NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht schon im Anlauf, weil nicht ausgeschlossen werden konnte, dass das Material welches als Begründung zu einem Verbot dienen sollte, nicht durch V-Leute «kontaminiert» sei. Mit anderen Worten: Ein rechtsstaatliches Verbot scheiterte, weil nicht klar war, ob nicht der Staat zum Teil die NPD geführt hatte.

Die Antragsteller des neuen Verbotsverfahrens werden wiederum beweisen müssen, dass das als Begründung für das Verbot eingereichte Material nicht von V-Leuten stammt. Eine reine

Behauptung der Geheimdienste, respektive Innenminister, dass dies so sei, hatte auch 2002 dem Bundesverfassungsgericht nicht gereicht. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hatte damals behauptet, es habe keine Steuerung der NPD durch MitarbeiterInnen des Verfassungsschutzes gegeben, und die Antragsteller (Bund und Länder) weigerten sich damals die Klarnamen der V-Leute zu nennen. Dem Bundesverfassungsgericht reichte das nicht aus und es ließ das Verbotsverfahren platzen.

Laut einem geheimen Kriterienkatalog der Innenminister, könnte der Staat durch das Bundesverfassungsgericht gezwungen werden, die Klarnamen von Zuträgern aus der rechtsextremen Szene offen zu legen. Das Gericht dürfe «die über die bloße Kenntlichmachung hinausgehende Offenlegung (bis hin zur namentlichen Nennung der Quelle) verlangen», heißt es in dem rund 40-seitigen Papier. Selbst die persönliche Vernehmung eines V-Mannes in Karlsruhe könnte «durch das Bundesverfassungsgericht erzwungen werden». Im neuen Verfahren wird die NPD durch alle Instanzen gehen, um einzufordern, dass die Klarnamen offen gelegt werden. Denn nur dann kann rechtsstaatlich eine staatliche Einflussnahme auf die Nazipartei ausgeschlossen werden.

Eine Offenlegung der Klarnamen haben aber die Innenminister Bayerns und Niedersachsens, Joachim Hermann und Uwe Schünemann, schon ausgeschlossen.

Den Hamburger Innensenator Michael Neumann und seinen Geheimdienstchef Manfred Murck sollte man bei Gelegenheit mal die Gretchenfrage stellen, wie sie es denn damit halten wollen. Die bezahlten Nazis zu verpfeifen oder vielleicht doch lieber die NPD behalten.

Felix Krebs ist Journalist und Neonazismus-Experte in Hamburg.